

LEADER

f o r u m 2₂₀₀₂

Dossier: S. 16-31, „Finanzierung der Regionalentwicklung“

Nachhaltige Regionalentwicklung

Wie ist sie zu finanzieren?

VON MANFRED GEISSENDÖRFER

Regionalentwicklung kann nur dann nachhaltig und erfolgreich sein, wenn ihre Finanzierung gesichert ist. Seitens der EU, des Bundes und der Länder steht eine Reihe von Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Doch müssen die Regionen zunehmend eigene Finanzmittel aufbringen.

Möglichkeiten zur Finanzierung von nachhaltiger Regionalentwicklung sind nur mit hohem Einsatz der wichtigsten Partner realisierbar, mit einem gemeinsamen Lösungswillen für die Probleme eines Gebietes und mit einer auf die Region zugeschnittenen »Therapie«.

Doch trotz vielfach hohem Engagements von Akteuren und Promotoren sind Vorhaben der Regionalentwicklung in den meisten Fällen ohne entsprechende Finanzmittel nicht durchführbar. Lassen sich einleitende Prozesse, etwa zur Sensibilisierung der Akteure und zur Ideenfindung, häufig noch ohne größeren finanziellen Aufwand gestalten, so wird spätestens beim Übergang in die Umsetzungsphase klar, dass eine ausreichende und möglichst über einen längeren Zeitraum verlässliche Finanzausstattung notwendig ist.

Organisationstyp wichtig für Finanzierung

Budgetumfang und Intensität der Fördermittelakquisition hängen hierbei häufig von verschiedenen Faktoren ab. Aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre in den Bereichen LEADER, Agenda 21 und Regionentwicklungsprogrammen beziehungsweise Pilotvorhaben der Länder lassen sich – stark vereinfachend – folgende Typen von Entwicklungsvorhaben ableiten.

- Typ »Initiativ-Organisation«:
Im Zentrum der Aktivitäten steht die Mobilisierung von »Gemeinsamkeit« über kollektiv-kooperativ durchgeführte Projekte. Hierzu wird häufig die Form des Vereins gewählt, der einer größeren Zahl von Akteuren die Möglichkeit der Beteiligung gibt.
- Typ »Entwicklungsgesellschaft«:
Im Mittelpunkt der Tätigkeit steht eine ergebnisorientierte Regionalentwicklung mit primärer Ausrichtung auf Wirtschaft, Existenzgründung und Diversifizierung, Tourismus, Landwirtschaft oder beispielsweise regenerative Energien.

- Typ »Behördliche Entwicklungsabteilung«:
Zentrales Anliegen ist das Lösen von Problemen durch eine aktivierende Verwaltung. Die Verbindung von planerisch-administrativen sowie regional vorhandenem Know-how soll einen möglichst hohen Nutzen erreichen.

Häufig werden auch Mischformen etabliert, die eine geeignete gesellschaftliche Beteiligungsebene um eine schlagkräftige Umsetzungsebene ergänzen.

Je nach Typen variieren der Finanzbedarf für die Aktionen und die Dauerhaftigkeit einer institutionellen Grundfinanzierung. Während Initiativ-Organisationen oft mit stark ehrenamtlichen Engagement und nur geringen Projektmitteln arbeiten, reichen die Budgets von Entwicklungsgesellschaften häufig zur Finanzierung umfassender Strukturmaßnahmen.

Hat das geplante Projekt ein großes Finanzvolumen, lassen sich die Kosten für eine Geschäfts- oder Koordinierungsstelle besser verteilen. Und je zielgerichteter die Aktionen für eine Nutzergruppe sind, um so früher zeigen Nutzer Bereitschaft zur Mitfinanzierung. Sind mehrere Kommunen und Landkreise beteiligt, lassen sich öffentliche Eigenanteile stets leichter gewinnen, da die Umlagebeträge auf ein vertretbares Maß reduziert werden.

Öffentliche Förderung: Aufatmen auf Zeit

Spätestens nach der Ideenfindung werden für die Umsetzung von Maßnahmen Eigenmittel benötigt. Die oft ehrenamtlich agierenden Akteure erwarten von den Verantwortlichen der Region, dass Gelder für die vorbereiteten Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Auch wenn zahlreiche Fördermöglichkeiten bereitstehen, müssen die Regionen sich anstrengen: Aus gutem Grund sind Mittel zur Kofinanzierung zu erbringen. Nichts erhöht schließlich die Eigeninitiative und damit den Projekterfolg



stärker als eigener Mitteleinsatz. Was beispielsweise zur Kofinanzierung von LEADER herangezogen werden kann, ist in den jeweiligen Landesprogrammen festgelegt.

Einige Leitgedanken zur Finanzierung von Vorhaben der Regionalentwicklung erscheinen wesentlich:

- Es empfiehlt sich, den wichtigsten Entscheidungsgremien in der Region von Beginn an deutlich zu machen, dass eine nachhaltige Regionalentwicklung personellen und finanziellen Aufwand erfordert. Zur Beantragung von Fördermitteln für regionale Entwicklungskonzepte und auch zur Teilnahme an Wettbewerben ist es entscheidend, dass regionale Entscheidungsträger eingebunden sind und das Vorhaben unterstützen.
- Verschiedene Fördermöglichkeiten lassen sich für umfassende Vorhaben kombinieren – was Zeit kostet und zusätzlichen Aufwand zur Anpassung der Projekte an die jeweils geltenden Förderrichtlinien (s. dazu auch S. 28–30). Deshalb sollte zumindest ein Teil der Einzelmaßnahmen in ein Programm mit einem Ansprechpartner gebündelt werden.
- Wenn die eigenen und staatlichen Mittel nicht genügen, sollten andere Finanzierungsquellen geprüft werden. Regierungsbezirke, Stiftungen für Umwelt, Kultur und Soziales sind zwar nicht für jedes Projekt zu begeistern. Sie sponsern aber möglicherweise modellhafte Maßnahmen, die ihr Ansehen fördern. Wenngleich das Thema Sponsoring in der Regionalentwicklung nur einen Randbereich verkörpert, lohnt es sich, mit potentiellen Geldgebern Kontakt aufzunehmen. Besonders zur Finanzierung kleinerer Vorhaben erklären sich regionale Banken, Energieversorger oder Unternehmen bisweilen bereit. Eine medienwirksame Preisverleihung oder andere Image-Effekte sind probate Mittel, um Sponsoren hierfür zu gewinnen.

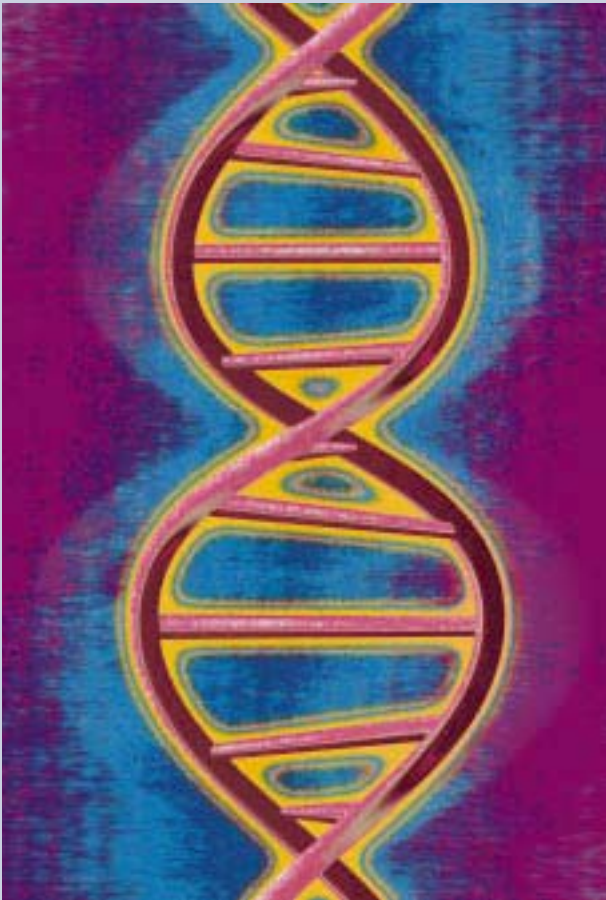
Die Bandbreite an Fördermöglichkeiten ist groß. Hier eine Übersicht der Förderprogramme der unterschiedlichen administrativen Ebenen: *(Inwieweit die aktuelle Förderpraxis auf die Unterstützung integrativer Vorhaben ausgerichtet ist, wird auf den S. 28–30 diskutiert.)*

- Die EU fördert mit ihren Gemeinschaftsinitiativen LEADER+, INTERREG III und EQUAL Entwicklungskonzepte mit Pilotcharakter, die von lokalen oder regionalen Akteuren ausgearbeitet werden. Die Umsetzung der Programme, die auf Ziele der nachhaltigen Regionalentwicklung zugeschnitten sind, liegt entweder in den Händen der Bundesländer oder beim Bund. Darüber hinaus werden in den Zielgebieten 1, 2 und 3 in länderspezifischen Entwicklungsplänen zumeist umfassende Strukturfördermaßnahmen angeboten. Und: Die EU unterstützt Projektträger in spezifischen Aktionsbereichen über zusätzliche Programme.
- Auf Bundesebene sind die von Bund und Ländern gemeinsam erarbeiteten Rahmenpläne für die Gemeinschaftsaufgaben von Bedeutung: GAK (Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) und GRW (Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur). Neuerdings beinhalten beide verstärkt auch Aufgaben der nachhaltigen Regionalentwicklung, zum Beispiel durch integrative Ansätze bei der Durchführung agrarstruktureller Entwicklungsplanungen (GAK) oder durch Förderung regionaler Entwicklungskonzepte (GRW). Grundsätzlich dürfen hierbei auch vorbereitende »Managementaufgaben« gefördert werden.

Seit einiger Zeit sind zudem Wettbewerbe von Bundesministerien ins Rampenlicht der Regionalinitiativen gerückt: zum Beispiel InnoRegio und Lernende Regionen (Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF) oder Regionen aktiv (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und

Landwirtschaft, BMVEL). Diese konnten jedoch nur wenige Regionen gewinnen. Die »Verlierer« suchen nach neuen Fördertöpfen.

- Über Landesprogramme lässt sich zumindest im Bereich der Fachpolitiken ein relativ breites Angebot von Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Fast jedes Bundesland hat spezifische Programme zur Förderung von Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Kultur, Infrastruktur, Dorfentwicklung und Energiefragen. Für die Aufgaben einer querschnittsorientierten Regionalentwicklung ist es jedoch nicht immer leicht, sich dem vorgegebenen Raster der etablierten Richtlinien anzupassen. Besser geeignet sind hierfür spezifische Programme der Regionalentwicklung, die beispielsweise in Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen oder in Schleswig-Holstein angeboten werden. Häufig sind diese zur Kofinanzierung von LEADER+ geeignet.



Arbeitsmarkt hat Vorrang

Personelle Ressourcen – etwa für eine Koordinierungsstelle – helfen sowohl bei der Auslotung adäquater Fördermöglichkeiten als auch beim Zuschnitt regionaler Konzepte auf die Programmanforderungen.

Die Notwendigkeit eines regionalen Entwicklungsmanagements wird inzwischen ressortübergreifend und auf breiter Front anerkannt. Dies gilt zumindest für die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Raumordnungspolitik. Bei der strategi-

schen Ausrichtung von Hilfen wird dabei Bezug auf die Erfahrungen aus der ländlichen Förderpolitik in den 90er-Jahren genommen. Generell zielen Lokale Aktionsgruppen auf die Stärkung der Handlungsebene vor Ort. Sie betonen nicht nur deren Kompetenzen, sondern fördern damit die vertikale und horizontale Vernetzung. Werden LEADER-Projekte mit beschäftigungspolitischer Orientierung geplant, sollte deshalb geprüft werden, ob diese durch ergänzende Förderhilfen in ihren Wirkungen unterstützt werden könnten.

Auf diesen politischen Handlungsebenen lässt sich der Trend identifizieren:

- Die EU-Kommission hat ihre Vorstellung von einer stärker lokalen oder regionalen Beschäftigungspolitik unterstrichen in der Mitteilung »Die Beschäftigung vor Ort fördern – Eine lokale Dimension für die europäische Beschäftigungsstrategie«. Demnach sollen beschäftigungspolitische Initiativen mehr an den Stärken und Schwächen der jeweiligen Gebiete orientiert werden. Um die ländlichen Gebiete besser mit den größeren Wirtschaftszentren verzahnen zu können, sollen die Energien und Ressourcen lokaler Akteure gebündelt und Vernetzungsstrukturen aufgebaut werden. Dies entspricht dem Kernanliegen der LEADER-Gruppen. Dabei wird die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders herausgestellt und betont, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um so wirkungsvoller sind, je enger sie in eine integrierte lokale Entwicklungsstrategie eingebunden sind.
- Die »Arbeitsmarktpolitische Initiative für die Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Raum« des BMVEL im Rahmen des »Bündnis für Arbeit« rückt den Regionalberater als Initiator unternehmerischer Aktivitäten und regionaler Entwicklungsprozesse ins Blickfeld; er soll sich insbesondere um die engere Vernetzung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit der regionalen Wirtschaft kümmern.
- Im Raumordnungsbericht 2000 hebt die Bundesregierung die Bedeutung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte als Voraussetzung insbesondere für die Entwicklung von ländlichen Räumen mit erheblichen Strukturschwächen hervor. Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wird eine zentrale Aufgabe in der aktiven Verzahnung der verschiedenen fachlichen Aktivitäten gesehen.
- Der 29. Rahmenplan zur GRW enthält ein Förderangebot für »Regionalmanagement«. Anlass ist das offensichtliche Fehlen von regionalen Netzwerken, Kommunikations- und Koordinationsstrukturen, wodurch eine gezielte Mobilisierung regionaler Potentiale erschwert wird. Unter Betonung des »Konzepts der regionalen Entwicklung von unten« ist in den strukturschwächsten Regionen – möglichst in Anbindung an die regionale Wirtschaftsförderung – die Förderung einer begrenzten Zahl von Modellvorhaben vorgesehen.
- Die Bundesanstalt für Arbeit kann im Rahmen der sogenannten »freien Förderung« Förderhilfen für Arbeitsplätze im Regionalmanagement zur Verfügung stellen, sofern davon positive Arbeitsmarkteffekte erwartet werden. (s.S. 19–21)

Best practices für die Finanzierung

Die Erfahrung lehrt, dass eine erfolgreiche Regionalent-

Angesichts der strukturellen Defizite vieler Regionen werden deshalb an die eingebundenen Akteure vor Ort hohe Anforderungen gestellt. Dazu gilt es, Agrar- und Wirtschaftspolitik, Raumordnungs- und Umweltpolitik sowie Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu einem zielgerichteten, regional ausgewogenen Maßnahmenpaket zu bündeln.

Nach Überlegungen des BMVEL (vgl. LEADERforum 1/2002, S. 29 ff) wäre in Zukunft eine Rahmenkompetenz der EU und des Bundes bei gleichzeitiger Flexibilisierung in der Programmgestaltung durch die Bundesländer denkbar: Länder und Regionen müssten dann mit detaillierten räumlich-sachlichen Schwerpunktkonzepten eine praxisorientierte Strategie vorlegen und damit zu einer einfacheren Förderung der nachhaltigen Regionalentwicklung gelangen.

Um für dieses Ziel gemeinsam eintreten zu können, müssten die Regionen sich noch enger miteinander abstimmen. Gravierende konzeptionelle Änderungen werden wohl erst dann zu erwarten sein, wenn aus vergleichenden Analysen »best practices« – auch für die Finanzierung solcher Strategien – vorliegen.

Nähere Informationen:

Manfred Geißendörfer

Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf
Fachhochschule Weihenstephan

Abt. Triesdorf

Steingruberweg 2

91746 Weidenbach

Tel.: (0 98 26) 6 54 - 2 99

Fax: (0 98 26) 6 54 - 1 10

E-Mail: ass13@fh-weihenstephan.de

Web: www.fh-weihenstephan.de

Finanzierung regionaler Managementstrukturen

Die Regionen sind gefragt

VON JOSEF BÜHLER

Ländliche und städtische Kleinstregionen bis hin zu grenzüberschreitenden Großregionen sind einem rasanten Veränderungsprozess unterworfen. Hilfestellung bieten neue professionelle Strukturen der Regionalberatung und des Regionalmanagements. Für deren langfristige Finanzierung müssen die Regionen »ihre« Strategie finden.

Die Frage nach der Mitfinanzierung regionaler Managementstrukturen – beispielsweise auf kleinräumiger Ebene von Lokalen LEADER-Aktionsgruppen – drängt insbesondere angesichts der zu erwartenden Änderungen in der Strukturförderpolitik der EU ab 2006.

Um welche Summen dreht es sich? Im LEADER+ Kontext werden die Aufwendungen für die Geschäftsstelle in der Regel zwischen 65.000 und 95.000 Euro angesetzt. In anderen Organisationsformen, die mit einem Team arbeiten, liegt der jährliche Finanzbedarf für das regionale Management meist zwischen 150.000 und 250.000 Euro. Von diesem Geld kann zwar der institutionelle Kern – also das Personal – finanziert werden, nicht aber das gesamte Maßnahmenspektrum. Ergänzend gehören in der Startphase eine Erstausrüstung für das Büro in Höhe von 25.000 bis 35.000 Euro dazu und eventuell eine spezielle Beratungssoftware von rund 3.000 Euro.

Region schlägt Land, Bund und EU

Organisationen, die von Anfang an oder noch im Laufe der ersten drei Jahre deutliche Finanzierungsanteile aus der Region für ihre institutionelle Finanzierung vorweisen können, entwickeln sich im Vergleich zu anderen nachhaltiger. Zwar sind regionale Managementstrukturen, die mit 50 bis 90 Prozent aus EU-, Bundes- oder Landesmitteln ausgestattet sind, leichter einzurichten. Mittelfristig verursacht diese Finanzierungsstrategie jedoch häufig gravierende, existenzbedrohende Nachteile:

- Hohe Abhängigkeit von staatlichen Leistungen und damit große Anfälligkeit der Organisation bei veränderten Förderbedingungen.
- Eine regionale Verantwortung für die organisatorische und inhaltliche Weiterentwicklung wird begrenzt ausgebildet.
- Hoher Aufwand zur institutionellen Sicherung bei auslaufender Förderung.

- Förderrechtliche Vorgaben erschweren den Umstieg in andere Finanzierungsstrategien zusätzlich (s.S. 22 ff).

Eine Auswertung der Finanzierungsstrategien von Regionalmanagementansätzen in Europa (s. *Kasten*) unterstreicht die Bedeutung einer frühzeitigen und spürbaren regionalen Mitfinanzierung. Diejenigen Modelle, die sich beispielsweise durch Mitgliedsbeiträge, Umlagen oder eigenerwirtschaftete Mittel tragen, können sich verstärkt um die organisatorische und sachliche Weiterentwicklung ihrer Organisation kümmern. Während Modelle, die stark von staatlichen finanziellen Leistungen abhängen, aufgrund auslaufender Förderungen zunächst den Fortbestand ihrer Einrichtungen sichern müssen.

Vielfalt an Instrumenten zur Finanzierung

Damit nach Ablauf jeder Förderphase nicht ein bis zwei Jahre Wartezeit anstehen, begonnene Prozesse stoppen, Kompetenzen abwandern oder Strukturen sich auflösen, muss den überregionalen öffentlichen Mitteln bewusst ein regionaler Anteil entgegengesetzt werden. Wichtige Quellen im Finanzierungskonzept können Kommunen, Wirtschaft, private Haushalte und Arbeitsamt sein.

In extrem strukturschwachen Regionen müssen Sonderregelungen greifen, die andere Formen der umfassenden Verantwortungsübernahme und eines langfristigen, kontinuierlichen Entwicklungsprozesses sichern. Beispielsweise über höhere Sätze in der Landesförderung. Es gibt aber auch hier Regionalmanagements, die 60 Prozent regionale Mittel über Dienstleistungen »erwirtschaften«.

Die Vielfalt regionaler Finanzierungsinstrumente wird selten voll ausgeschöpft. Allerdings ist zu beachten, dass manche dieser Formen sich – je nach Träger- und Organisationsmodell für das Regionalmanagement – gegenseitig ausschließen. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht:

Einige Instrumente werden in LEADER-Aktionsgruppen bereits erfolgreich angewandt (s.S. 22 ff). Im Folgenden werden die beiden letztgenannten Instrumente näher erläutert.

Hilfe von der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit hat mit ihrem Runderlass an die Landesarbeitsämter vom 22. Juni 2001 Regionalmanagement als ein Instrument zur Förderung der Beschäftigung in ländlichen Räumen vorgestellt (s. *Kasten*). Die Landesarbeitsämter werden gebeten, »insbesondere in Arbeitsämtern mit überwiegend ländlich geprägtem Arbeitsmarkt das Konzept Regionalmanagement ... zu thematisieren, um Offenheit und Unterstützung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für entsprechende Projekte zu erreichen.« Ferner sollen auch die Vertreter der Selbstverwaltung aus Wirtschaft, Gewerkschaft etc. in den betreffenden Arbeitsämtern über dieses Konzept informiert werden. Durch den Erlass sind unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Bayern Zuschüsse für Personal- und teilweise Sachkosten im Regionalmanagement bewilligt worden.

Dies erfolgt über die klassischen, personenbezogenen Instrumente des Arbeitsamtes wie über den § 10 im SGB III »Freie Förderung«. Bei Letzterem können die regionalen Arbeitsämter bis zu zehn Prozent von den im Eingliederungstitel enthaltenen Mitteln für Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung einsetzen und damit durch freie Leistungen personen- oder projektbezogen erweitern. Ob die Förderung eines Regionalmanagers über den § 10 im SGB III erfolgen kann, hängt von folgenden Voraussetzungen ab:

- Es ist im Vorfeld zu klären, ob andere Geldgeber die Finanzierung eines Regionalmanagers übernehmen können oder sogar dazu verpflichtet sind. Das Motto lautet: Keine Stellvertreter-Finanzierung.

Beiträge für Mitglieder und Fördermitglieder	● Festbeträge für Kommunen, Non-Profit- Profit-Organisationen sowie Privatpersonen
Kommunale Umlagen	● 0,20 bis 0,40 Euro pro Einwohner, Ausnahmefällen bis zu 1 Euro
Eigenerwirtschaftete Mittel	<ul style="list-style-type: none"> ● Beratungshonorare für über die Grundberatung hinausgehende Leistungen ● Erfolgshonorare bei Fördermittelakquisition ● Entgelt für Studien, Recherchen, Projektmanagement, Mittelverwaltung, Nachweislegung etc. entsprechend der Gebührenordnung ● Dienstleistungsverträge mit Kommunen über Bereitstellung von Beratung oder Softwarelösungen
Umlage der Overheadkosten bei Eigenprojekten	● Ausweisung von Verwaltungs- und Organisationskosten bei der bei Projektkalkulation
Verkauf von Nutzungsrechten von Logos der »Dach-Marken«	<ul style="list-style-type: none"> ● Maßnahmenbezogene Kostensätze oder jährliche Pauschalbeträge ● Kostenfaktor bei der Kalkulation von Eigenkampagnen
Arbeitsmarktförderung der Arbeitsämter	<ul style="list-style-type: none"> ● Zielgruppenspezifische Förderung (ABM etc.) ● SGB III, § 10
Kooperationsstrategie	● Kostensenkung im Bereich Miete, Personal-, Sachkosten etc. als Synergieeffekt einer Zusammenarbeit mit bestehenden Managementstrukturen oder durch Nutzung vorhandener Infrastrukturleistungen



- In einem zweiten Schritt ist die Frage zu beantworten, ob mit der »Maßnahme« Regionalmanagement Arbeitsplätze direkt oder indirekt geschaffen beziehungsweise gesichert werden.
- Weiterhin ist zu klären, ob die Maßnahme nicht vorrangig über ein Regelinstrument förderbar wäre, etwa über eine Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung oder zur Strukturanpassung. Auch könnte in diesem speziellen Fall unter Umständen die Vorschaltung einer Maßnahme zur Weiterbildung geprüft und finanziert werden.

Erst wenn der Einsatz des Regelinstrumentariums nicht in Frage kommt, ist der Einsatz freier Leistungen nach § 10 im SGB III denkbar.

Synergien durch Kooperation

Organisationen in Form eines Regionalmanagements oder einer LEADER-Aktionsgruppe werden häufig als zusätzliche Struktur gesehen und etabliert. Bereits vorhandene Kompetenzen werden selten zusammengeführt – das führt zu unnötigen Konkurrenzsituationen, Überschneidungen von Handlungsfeldern und zusätzlichen Kosten. Zu wenig wird noch über Kooperationen oder Fusionen von regionalen Managements der Entwicklungsinitiativen nachgedacht. Dabei zeigt der Vogelsbergkreis seit Jahren erfolgreich, dass es geht (s.S. 25–27).

Nicht nur verwandte Entwicklungsstrategien können zusammengeführt werden, sondern auch entstandene Regionalmanagementstrukturen. In einzelnen Gebieten zeichnet sich heute schon ab, dass Strukturen auf unterschiedlichen Handlungsebenen etabliert und aus der Region finanziert werden können.

Es bedarf sehr guter Gründe, über die bestehenden Strukturen des Regionalmanagements hinaus extra Strukturen für die Abwicklung von LEADER+ aufzubauen. LEADER sollte – wie jüngst in Österreich umgesetzt – Teil großräumigerer und längerfristig angelegter Regionalmanagementstrukturen sein.

Quellenverweis

Maier, J./Obermaier, F. (2000):

Regionalmanagement in der Praxis; Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Rosenkavalierplatz 2, 81925 München

Bundesanstalt für Arbeit:

»Regionalmanagement« als ein Instrument der »Förderung der Beschäftigung in ländlichen Räumen« (Geschäftszeichen Ia4–5200B), in Verbindung mit einer 21seitigen Dokumentation von Prof. Otmar Seibert und Josef Bühler. Dieser Runderrlasses ist erhältlich über den Gesamtverband der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeber/Deutscher Bauernverband, Godesbergerallee 142–148, 53175 Bonn, E-Mail: glfa@bauernverband.de

Nähere Informationen:

Josef Bühler

neuLand GbRmbH

Werkstatt für Tourismus- und Regionalentwicklung

Esbach 6

88326 Aulendorf

Tel.: (0 75 25) 9 10 44

Fax: (0 75 25) 9 10 45

E-Mail: neuland.buehler@t-online.de

Web: www.neuland-regionalentwicklung.de und www.euregia.de

Degressive Förderung des Chancen und Grenzen

VON ANETTE PFEIFFER UND JAN SWOBODA

Das Regionalmanagement bedarf einer öffentlichen Anschubfinanzierung, die Schritt für Schritt durch Mittel aus der Region kompensiert werden muss. Dieser Notwendigkeit tragen die meisten Bundesländer durch die degressive Förderung des LEADER+ Managements Rechnung. Welche Wege gangbar sind, zeigen zwei Beispiele aus Hessen.

In Hessen wurde das Regionalmanagement schon in LEADER II fünf Jahre degressiv gefördert. Zehn Prozent des stetig sinkenden Anteils aus LEADER mussten von den Kreisen oder Kommunen kofinanziert werden. Für die immer größer werdende »Lücke« galt es, weitere Finanzierungsquellen zu erschließen. In den ersten beiden Jahren lag die LEADER-Förderung bei knapp 128.000 Euro. Die nachfolgenden zwei Jahre wurden mit rund 102.000 Euro gefördert und im fünften und letzten Jahr flossen noch einmal circa 77.000 Euro.

Dieser Ansatz bewirkte, dass sich von Beginn an ein hauptberufliches Regionalmanagement installieren konnte. Aber auch, dass im Verlauf der Förderung nach Alternativen der Finanzierung gesucht werden musste, was die Institutionalisierung des Managements nach der Förderphase erleichterte.

Die zwei hessischen Regionen Burgwald und Vogelsbergkreis haben diese Aufgabe unterschiedlich gelöst – im Rahmen ihrer Möglichkeiten. So hatte in der Region Burgwald das Regionalmanagement in LEADER II sein »Debut«. Und auch die Region an sich musste sich erst festigen: Ihre naturräumliche Abgrenzung deckte sich nicht mit den Verwaltungsgrenzen, so dass die politische und auch finan-

zielle Unterstützung seitens der Kommunen nicht selbstverständlich war. Sie musste erst im engen Kontakt mit den Bürgermeistern »erarbeitet« werden. Die Lokale Aktionsgruppe im Vogelsberg hingegen konnte bereits Erfolge aus LEADER I aufweisen. Und das Aktionsgebiet umfasst den gesamten Vogelsbergkreis, was die politische Unterstützung durch den Landkreis wesentlich vereinfachte.

Doch in beiden Fällen wird offenkundig: Die Chancen für eine regionale Finanzierung des Managements steigen, wenn es gelingt, die maßgeblichen Akteure von dem Nutzen dieser – in ihrer Kontur zunächst undeutlichen – Einrichtung zu überzeugen. Dieser ist umso größer, je breiter und zielgerichteter sowie professioneller das Dienstleistungsangebot des Regionalmanagements ist. Das Management einer LEADER-Gruppe muss sich also Schritt für Schritt zu einem Regionalmanagement weiterentwickeln, sein Aufgabenfeld sukzessive über LEADER hinaus erweitern. Insbesondere die Ausdehnung auch auf andere Förderprogramme von EU, Bund und Ländern hilft, die Finanzierung auf stabilere Füße zu stellen. Dies setzt jedoch ein Team von mehr als zwei Personen und somit ein entsprechendes Finanzvolumen voraus.



Regionalmanagements –

Region Burgwald:

In engem Kontakt mit den Bürgermeistern

Die Region Burgwald in der Mitte Hessens versteht sich als eine naturräumliche Einheit und ist in ihrer Abgrenzung noch recht jung. In den elf Gemeinden, die den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Waldeck-Frankenberg angehören, leben rund 82.000 Einwohner. Nicht alle Ortsteile dieser Gemeinden liegen innerhalb der Region Burgwald. Doch werden auch hier Projekte durchgeführt, wenn sie eine regionale Bedeutung haben.

Zeit begrenzt Möglichkeiten

Bereits 1994 gründete sich die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. Die inzwischen 140 Mitglieder sind neben den elf Gemeinden regionale Vereine, Verbände, Firmen und Privatpersonen. 1995 stellte der Verein Stefan Schulte als Geschäftsführer ein und eröffnete im März 1996 eine Geschäftsstelle, die das Management für LEADER II übernahm. Ab diesem Zeitpunkt griff auch die LEADER-Förderung des Regionalmanagements, und es konnte noch eine halbe Stelle für das Sekretariat finanziert werden.

Mit eineinhalb Kräften ausgestattet, hatte die Geschäftsstelle mit dem Management von LEADER II alle Hände voll zu tun, so dass andere Dienstleistungen – zwecks alternativer Finanzierung – nicht erbracht werden konnten. Das war zu Beginn auch aus rechtlicher Sicht nicht möglich: Denn in der öffentlich geförderten Arbeitszeit dürfen keine anderen Dienstleistungen als die erbracht werden, die Gegenstand der Förderung sind. Hinzu kam, dass der Verein Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. zunächst gemeinnützig war, und somit nur begrenzt Einnahmen erzielen durfte.

Auch ein Honorar für die erfolgreiche Beratung von Projektträgern zu erheben, war aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da dies zu den geförderten Aufgaben des Regionalmanagements gehörte.

Kommunen im Zugzwang

Die degressiv angelegte Förderung erforderte jedoch die Mobilisierung einer regionalen Finanzierung: Von Beginn an für die Übernahme des zehnpromzentigen Anteils der LEADER-Förderung und ab dem dritten Jahr auch der Differenz zur sinkenden Förderung.

Auf der Suche danach dominierte die Frage: Wer profitiert von der Arbeit eines Regionalmanagements? In erster

Linie wohl die Kommunen, da über ein Regionalmanagement Fördermittel in die Region kommen. So erklärten sich die beteiligten Kommunen bereit, jeweils rund 1.280 Euro pro Jahr zu zahlen und übernahmen damit die erforderlichen zehn Prozent der LEADER-Förderung für die ersten beiden Jahre.

Weiterhin warb der Verein bei den Unternehmen der Region um eine Fördermitgliedschaft. Rund fünfzehn Firmen fördern seitdem mit einem jährlichen Betrag von 200 bis 250 Euro den Verein. Sie erhalten dafür einen Eintrag im Burgwaldbranchenbuch und einen Stellplatz auf der alle zwei Jahre stattfindenden Burgwaldmesse zum halben Preis – zwei über LEADER erfolgreich etablierte Projekte. Auf diesem Weg erhält das Regionalmanagement rund 3.000 Euro im Jahr.

Die normalen Mitgliedsbeiträge über den Verein stellen nur ein Zubrot dar. Bei 28 Euro für Privatpersonen sowie 31 Euro für Firmen und Vereine kommen jährlich rund 2.300 Euro in die Kasse.

Die Summe aus kommunalen Beiträgen, Fördermitgliedschaften und Mitgliedsbeiträgen beläuft sich auf rund 20.000 Euro im Jahr. Bei weitem nicht genug für die Finanzierung des Managements! Zumal ab der zweiten Stufe der degressiven Förderung der Anteil der LEADER-Förderung sank.

So suchte der Verein nach neuen Möglichkeiten der Finanzierung. Die Gemeinden erklärten sich bereit, ab 1998 zusätzlich zu den kommunalen Beiträgen eine Umlage entsprechen ihrer Einwohnerzahlen zu entrichten. Für die Bewohner der Ortsteile innerhalb der Region Burgwald wurden 0,38 Euro erhoben, für die außerhalb liegenden Ortsteile 0,13 Euro. Die Kommunen schlossen auf diesem Wege die Lücke zur gesunkenen LEADER-Förderung. Ein Jahr später wurde die Umlage verdoppelt, im Jahr 2000 nur noch leicht erhöht. Sie liegt nun bei 1,02 Euro beziehungsweise 0,38 Euro. Damit ist für die Gemeinden die Schmerzgrenze erreicht.

Zu Beginn beteiligten sich auch beide Landkreise mit jeweils rund 500 Euro pro Jahr. Da nur Teile der Landkreise in der Region Burgwald liegen, war das Interesse an einer dauerhaften Finanzierung eher gering. Doch der neu gewählte Landrat eines der beiden Landkreise ist von der Bedeutung des Regionalmanagements überzeugt und gewährt nun für die vier beteiligten Gemeinden rund 10.200 Euro pro Jahr.

Aufwändige Akquise

Über die Kommunen, den Landkreis sowie den Verein kommen jährlich rund 100.000 Euro zusammen. Dies finanziert eineinhalb Stellen und die Räumlichkeiten – nach Einschätzung von Stefan Schulte die Mindestausstattung für ein Regionalmanagement einer Region in Größe des Burgwaldes.

Das Beispiel Burgwald zeigt: Soll sich die Finanzierung des Regionalmanagements maßgeblich auf die Kommunen stützen, bedarf es sichtbarer Erfolge wie die Burgwaldmesse, die die Bürgermeister von dem Sinn einer solchen Einrichtung überzeugen.



Für den Regionalmanager selbst bedeutet dieser Weg einen hohen Zeitaufwand. Denn Ansprechpartner sind elf Bürgermeister, zwei Landräte und einige Unternehmen. Von Vorteil ist, dass ein Bürgermeister Vorsitzender des Vereins ist und seine zehn Amtskollegen gut einbezieht. Etwa dreimal im Jahr findet zudem ein Treffen der Bürgermeister statt – eine gute Gelegenheit für Stefan Schulte, den Nutzen des Regionalmanagements zu vermitteln und gemeinsame Projekte zu koordinieren.

Doch es gibt keine langfristige Planungssicherheit, da die Finanzierung mit den kommunalen Haushalten abgestimmt werden muss. Und das Regionalmanagement ist in gewisser Weise von der Kommunalpolitik abhängig. Aber

im Gegensatz zu der Förderung durch LEADER eröffnet die Finanzierung über die Kommunen, die ja Vereinsmitglieder sind, ein weiteres Handlungsfeld. So kann jetzt das Regionalmanagement auch Arbeiten übernehmen, die durch Fördermittel finanziert werden. Beispielsweise Konzepte oder Studien erstellen. Erwirtschaftet der Verein Gewinne, kann er daraus Rücklagen bilden. Dies ist möglich, seit der Verein mit der Etablierung der Burgwaldmesse seine Gemeinnützigkeit verloren hat.

Schnittstellen nutzen

Regionalmanagement ist eine Querschnittsaufgabe. Das bedeutet mögliche Ansatzpunkte für Kooperationen mit anderen Einrichtungen. Zum Beispiel mit dem Agenda-21-Büro, das in der Region Burgwald zwei Jahre lang gefördert wurde. Aufgrund einer Reihe von inhaltlichen Überschneidungen arbeiteten beide Einrichtungen Hand in Hand – beispielsweise durch gemeinsame Arbeitskreise – und teilten sich auch die Räumlichkeiten. Das regionale Entwicklungskonzept für LEADER+ baut in weiten Teilen auf den Ergebnissen des Agenda-21-Prozesses auf. Nach der Förderung konnte das Agenda-Büro nicht weitergeführt werden. Der ehemalige Leiter arbeitet seitdem über SAM-Mittel in einer halben Stelle bei der Entwicklungsgruppe mit.

Weitere Kooperationsmöglichkeiten bietet der Tourismus. Ein 1995 in Auftrag gegebenes touristisches Entwicklungskonzept machte deutlich: Der regionale Tourismus ist ausbaufähig, erfordert jedoch ein professionelles Management. Nach drei Jahren Diskussion steht nun das Modell zur Finanzierung einer Tourismuszentrale: Über eine kommunale Umlage entsprechend der Bettenzahlen sollen zwei halbe Stellen dauerhaft geschaffen werden. Und das aus gutem Grund: Auch wenn die Region mit ihren 1.300 Betten keine touristische Hochburg ist, so bringen Tagestouristen rund 2,6 Millionen Euro Umsatz, Übernachtungsgäste gut das Doppelte.

Auch die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. war in LEADER II im touristischen Sektor aktiv: Sie schuf ein Wanderwege-Orientierungssystem und bildete Gästeführer aus. Über zahlreiche private und öffentliche Projekte konnten neue Qualitätsangebote entwickelt werden. Zudem wurden im Arbeitskreis Tourismus wesentliche Teile für das regionale Tourismuskonzept erarbeitet. Um dieses Know-how zu nutzen und Synergien zu schaffen, soll die Tourismuszentrale hier angesiedelt werden. Unterstützt wird diese Entwicklung durch eine Neuorientierung auf Landesebene, nach der sich Kommunen – auch angesichts knapper Haushaltskassen – zu einer TAG (Touristische Arbeitsgemeinschaft) zusammenschließen sollen.

Die beiden Beispiele zeigen: Werden kooperierende Einrichtungen nur über kurze Zeit gefördert – wie das Agenda-21-Büro – ist es schwierig, auch nach der Förderung die Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten und somit Synergien und zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Im Falle des Tourismusbüros hingegen sind die Kommunen an einer dauerhaften Einrichtung interessiert, die der regionalen Wirtschaft Impulse gibt und Arbeitsplätze sichert oder schafft. Dieser Sektor bietet dem Regionalmanagement daher auf lange Sicht ein weiteres Aufgabenfeld.

Ein weiteres wichtiges Standbein ist die Burgwaldmesse. Hier präsentieren sich seit 1995 alle zwei Jahre

Gewerbetreibende, kulturelle Gruppen, Vereine und die Kommunen. Viel Organisationsarbeit ist notwendig. Da die Messe zum Wir-Gefühl der Region beigetragen hat und die Unternehmen davon profitieren, soll sie auch nach Auslaufen der Management-Förderung stattfinden. Über das Landesprogramm »Regionales Standortmarketing« soll zukünftig mit maximal 50.000 Euro jeweils für ein Jahr eine Stelle beim Regionalmanagement eingerichtet werden. Die Synergieeffekte für das Regionalmanagement sind begrenzt, da die Stelle nur alle zwei Jahre besetzt wird und mit ihrer Aufgabe voll gebunden ist. Das zweijährliche Event zeigt jedoch, welche Dienstleistungen das Regionalmanagement für die Region übernehmen könnte, hätte es die nötige Manpower. Die jeweilige Ausstellergemeinde beteiligt sich mittlerweile mit 20.000 Euro. Ansonsten trägt sich die Messe über die Standmieten und Eintrittskarten.

Die Erschließung weiterer Dienstleistungsfelder gestaltet sich schwierig. So wurde die Überlegung, koordinierende Aufgaben für ein regionales ÖPNV-Konzept zu übernehmen, mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Landkreise verworfen. Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung werden die Dienstleistungen von kreiseigenen Einrichtungen abgedeckt.

Zur Finanzierung von Projekten wurde bereits an die Einrichtung eines Kultur- und Klimaschutzfonds gedacht. Doch da hierfür keine Förderung möglich war, wurde das Vorhaben nicht umgesetzt. Auch eine Stiftung konnte bisher nicht auf den Weg gebracht werden, da es am notwendigen Grundkapital mangelte. Für größere Spenden ist die Entwicklungsgruppe noch nicht etabliert genug.

Anspruch und Wirklichkeit

Das jährlich zur Verfügung stehende Finanzvolumen von rund 100.000 Euro erlaubt nur das Kerngeschäft. Um mehr für die Region tun zu können, muss nach passenden Förderprogrammen für regionale Projekte recherchiert werden. Und es muss Zeit vorhanden sein, potentielle Projektträger intensiv beraten, den Prozess begleiten und die eigene Arbeit evaluieren zu können. Für eine optimale Bewältigung aller Aufgaben wäre nach Einschätzung von Stefan Schulte für die Region Burgwald ein Volumen von 200.000 Euro erforderlich.

Die öffentliche Förderung müsste also mindestens 50 Prozent betragen. Doch wer zahlt dies dauerhaft? Regionalmanagement ist eine öffentliche Dienstleistung, die sich auf den ersten Blick rein wirtschaftlich nicht trägt. Der Folgenutzen des Regionalmanagements liegt jedoch – das zeigt die Evaluierung von LEADER II – deutlich über dem Mitteleinsatz. Dies betrifft insbesondere Existenzgründungen und die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze.

Nähere Informationen:

Stefan Schulte
Geschäftsführer
Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V.
Wolkersdorfer Straße 6
35099 Burgwald-Bottendorf
Tel.: (0 64 51) 2 66 08
Fax: (0 64 51) 2 66 18
E-Mail: region-burgwald@t-online.de
Web: www.region-burgwald.de

Wenn alle das Gleiche wollen – Vogelsberg Consult

Der Vogelsbergkreis mit seinen rund 120.000 Einwohnern ist LEADER-Gebiet der ersten Stunde – bereits an LEADER I nahm die Region teil. 1992 wurde als Tochter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft die LEADER GmbH gegründet. Deren vier Mitarbeiter konnten über die durchgeführten LEADER-Projekte finanziert werden.

Ab 1996 – zur Förderphase von LEADER II – übernahm Thomas Schaumberg die Geschäftsführung der Gesellschaft. Vor dieser Funktion war er beim Landkreis sechs Jahre lang für Ziel-5b-Maßnahmen, Projektentwicklung sowie für die Beratung hinsichtlich Förderprogramme beziehungsweise für die Fördermittelakquisition zuständig: Somit der richtige Mann an der richtigen Stelle, dessen Kompetenzen eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung der LEADER GmbH waren.

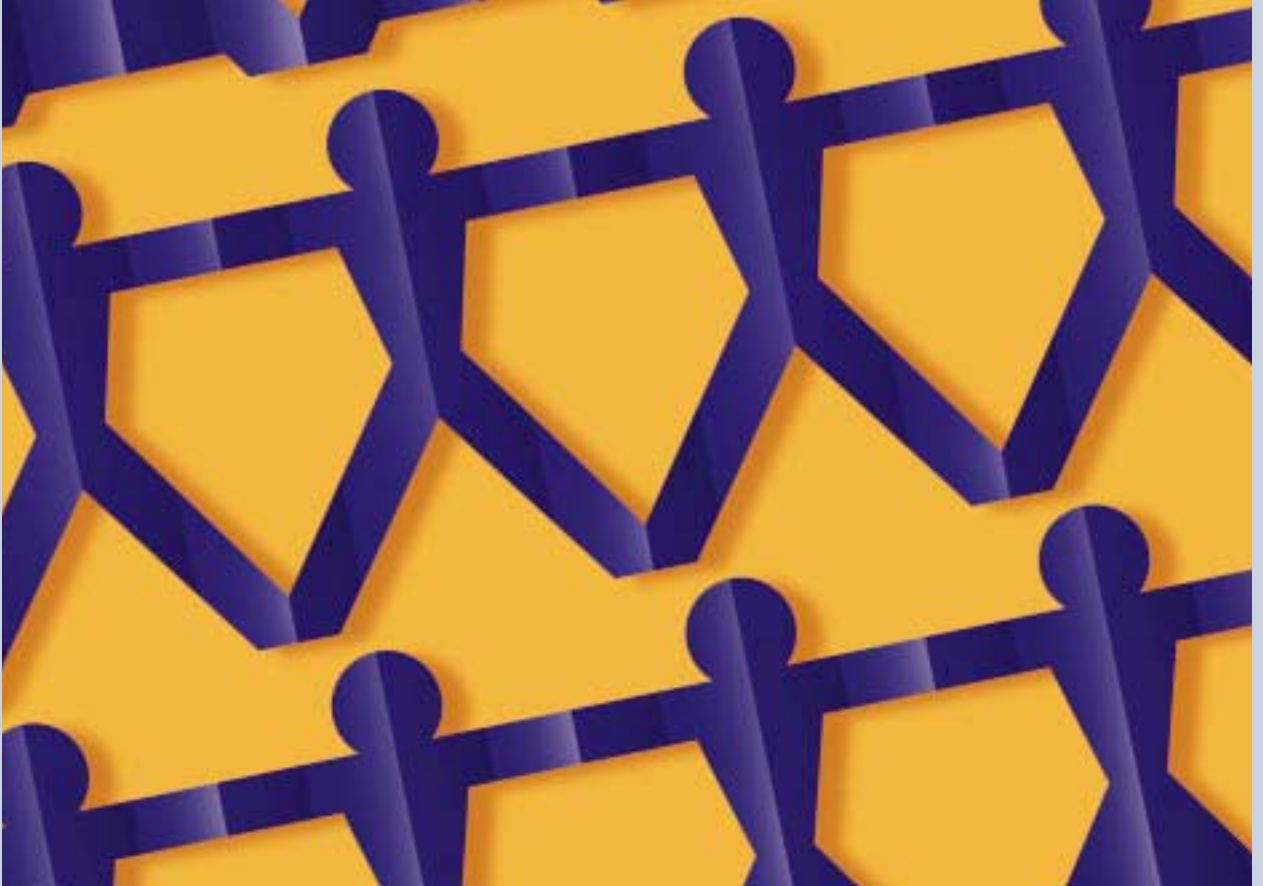
Sicherheit schafft Freiraum

Durch ihre Arbeit in LEADER I war die LEADER GmbH in der Region bekannt. Die Funktionsweise von LEADER war den Entscheidungsträgern klar, dessen Wirkungen – auch das Fördermittel in die Region geholt werden können –

bewusst. Zusätzlich sicherten die erfolgreich umgesetzten Projekte die politische Unterstützung des Landrats. Dieser wollte sich einbringen und Einfluss nehmen – allerdings im Sinne der Regionalentwicklung und nicht nur, um als Gallionsfigur einer erfolgreichen Entwicklungsgruppe sein Profil zu schärfen.

Für die Förderphase von LEADER II forderte das Land Hessen von der LEADER GmbH einen breiteren als den bisherigen, auf Wirtschaftsförderung konzentrierten Ansatz. So übernahm der Landkreis Anfang 1996 die LEADER GmbH. Der Aufsichtsrat wurde erweitert und fungierte nun als Regionale Entwicklungsgruppe beziehungsweise als Lokale Aktionsgruppe (LAG). Dieser wurde von Beginn an die EU-Förderberatung als zusätzliche Aufgabe zugewiesen – durch die Kenntnisse des Geschäftsführers leicht realisierbar. In der ersten Zeit waren die vier Mitarbeiter jedoch ausschließlich mit der Beratung zum LEADER-Programm und mit der Betreuung der Projekte beschäftigt.

Zwei Personen konnten über die degressive Förderung des Regionalmanagements über LEADER II finanziert werden. Den erforderlichen zehnzehnten Eigenanteil übernahm der Landkreis. Der Geschäftsführer wurde ausschließlich vom Landkreis finanziert. Für die vierte Stelle



konnten unterschiedliche Finanzierungen genutzt werden: Zwei Jahre lang stellte eine ABM die Kofinanzierung für LEADER II dar. Dann wurde eine vom Land initiierte und mit rund 56.000 Euro pro Jahr geförderte Koordinierungsstelle für regionale Arbeitsmarktpolitik eingerichtet.

Insgesamt standen knapp 205.000 Euro pro Jahr für das Regionalmanagement zur Verfügung. Die Differenz zum stetig sinkenden Anteil aus der degressiven LEADER-Förderung stellte der Landkreis. Die LEADER GmbH hatte somit Planungssicherheit von 1996 bis 2000 und musste nur wenig Zeit für die Finanzierung ihrer eigenen Arbeitskraft aufwenden. Zudem erhielt sie Unterstützung durch den Landrat, der dem Regionalmanagement Handlungsfreiheit gab, nach dem Motto: Macht mal! Eine ideale Situation. Dem Vertrauen musste jedoch auch viel Verantwortung und Aktivität entgegengesetzt werden.

Angebotslücken und Eigeninitiative

Und es gab Nischen, die besetzt werden konnten – beispielsweise die Beratung in Bezug auf Fördermittel, sowie regionale Problemlagen, in denen Handlungsbedarf bestand – Stichwort Lehrstellenmangel. Bei der Suche nach neuen Aufgabenfeldern wurde jedoch immer darauf geachtet, dass keine Konkurrenzsituation zu bestehenden Institutionen wie dem Arbeitsamt oder der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie zu Unternehmen entsteht. Die LEADER GmbH übernahm also nur Aufgaben, die von keiner anderen Einrichtung professionell wahrgenommen wurden. Und davon gab es genug, denn auch etablierte Einrichtungen haben häufig weitgehend festgelegte Arbeitsfelder und wenig Geld für zusätzliche Aufgaben.

Eine solche »Lücke« stellt die Koordinierungsstelle für den regionalen Arbeitsmarkt dar. Die LEADER GmbH hatte sich das Segment Ausbildungsförderung »herausgepickt« und geschaut: Was leisten bestehende Ausbildungseinrichtungen, und wo besteht weiterer Bedarf, der nicht über das regionale Angebot gedeckt wird?

Ein weiteres Beispiel ist die Beratung von Existenzgründern: Die IHK bietet potentiellen Unternehmern nur ein kurzes Erstgespräch an – eine weitere Nische für die LEADER GmbH. Sehr früh fing sie mit Beratung zu Finanzierungsfragen an und begleitete ihre Kunden bis zum »Backstopping« der Anträge. Immer mehr Projektanträge von Privatpersonen, Unternehmern, Kommunen und Vereinen auch außerhalb des typischen LEADER-Spektrums machten die steigende Nachfrage nach anderen Förderquellen deutlich. Die LEADER GmbH musste hier flexibel reagieren, um dem Bedarf gerecht werden zu können. Die Akquisition von Fördermitteln ist für viele ein schwer zu durchdringendes Feld – Hilfe war erforderlich. Das Angebot der Gesellschaft entwickelte sich Schritt für Schritt zur Existenzgründungsberatung.

Auch für Projekte in eigener Trägerschaft wurden zunehmend Fördermittel akquiriert. Dies war möglich, da vier Personen mitarbeiteten und dadurch Freiräume für bezahlte Managementaufgaben entstanden. Die buchhalterische Verwaltung und der Verwendungsnachweis dieser Mittel erforderte so viel Zeit, dass eigens für diese Tätigkeit eine Arbeitsstelle geschaffen wurde. Kleine LAGs können das nicht leisten.

Die akquirierten Fördermittel und die Erlöse aus den Beratungsaufträgen machen inzwischen 60 Prozent des Gesamtbudgets von rund 510.000 bis 710.000 Euro pro Jahr aus.

Bestehende Strukturen bündeln

Nach und nach näherten sich die Arbeitsfelder der LEADER GmbH und der Wirtschaftsförderung des Kreises an. Im Juni 1999 fusionierten beide Gesellschaften zur Vogelsberg Consult; fünf Stellen der LEADER GmbH und drei Stellen der Wirtschaftsförderung wurden zusammengelegt. Neben der Regionalentwicklung gehören die Wirtschafts- und Ausbildungsförderung sowie die Weiterqualifizierung zum Kerngeschäft des neuen Unternehmens. Der Tourismus ist nicht dabei.

Mit dem gewachsenen Aufgabenfeld stieg auch der Bedarf nach Arbeitskräften. In Spitzenzeiten waren vierzehn Personen beschäftigt, davon dauerhaft dreieinhalb Stellen für LEADER. Nach Einschätzung von Thomas Schaumberg die Minimalbesetzung für eine Region der Größe des Vogelsbergkreises.

Kostenlos bietet die Vogelsberg Consult an:

- Eintägige Grundberatungen für Kommunen (Bürgermeister), Unternehmen und Privatpersonen.
- Ein bis zweimal im Jahr eine Informationsveranstaltung für Gemeinden zu aktuellen Fördermöglichkeiten beispielsweise im Rahmen der Dorferneuerung, der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) oder verschiedener Landesprogramme.
- Rund vierzig Veranstaltungen in Form von Arbeitskreisen, Informationen für Unternehmen oder Messen.
- Beratungen im Ausbildungsbereich (Wege zur IT-Ausbildung, Berufsorientierung für Jugendliche und Qualifizierungen beispielsweise hinsichtlich Telearbeit).
- Beratungen für Erfinder zu Patentrecht etc.

Zu ihren kostenpflichtigen Leistungen zählen Beratungen, die einen Tag Dauer überschreiten. Einige von ihnen können allerdings vom Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RKW) mit bis zu achtzig Prozent gefördert werden, beispielsweise:

- Nachfolgeberatungen für Unternehmen,
- Beratungen für Existenzgründer (Dauer: fünf Tage),
- Unternehmensberatungen,
- Stabilisierungsberatungen für Unternehmen sowie
- Coaching.

Pro Jahr werden etwa

- 70 bis 80 Unternehmensberatungen, davon zehn für Existenzgründer,
- 150 bis 170 Fördermittelberatungen,
- 80 Ausbildungs- und Qualifizierungsberatungen sowie
- 100 Beratungen zu Projektanträgen, zum Aufbau von Kooperationen etc. geleistet.

Für die Vermittlung von Fördergeldern erhebt die Gesellschaft keine Erfolgsprovision, wie dies von einigen Unternehmensberatern praktiziert wird. Vogelsberg Consult ist der Auffassung, dass der »Verkauf« von allgemein zugänglichen Informationen – beispielsweise über Förderprogramme – nicht mit ihrem öffentlichen Auftrag über-

einstimmt. Sie stellt lediglich den über einen Beratungstag hinaus anfallenden Zeitaufwand in Rechnung.

Mittel aus Stiftungen und Spenden werden nur geringeren Umfangs projektbezogen eingesetzt.

Neue Aufgaben in finanzknappen Zeiten

Gegenwärtig spielt die Vogelsberg Consult mit dem Gedanken, Agentur für das Rating von Unternehmen bei der Kreditvergabe im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie »Basel II« zu werden. Mit einem standardisierten Verfahren wird hierbei die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens ermittelt. Neben den Bilanzen spielt nun auch dessen Zukunft – beispielsweise die Unternehmensnachfolge – eine Rolle. Die Ergebnisse haben Einfluss auf die Zinskonditionen und auf die Höhe der notwendigen Eigenkapitalunterlegung auf Bankenseite. »Basel II« tritt ab 2005 in Kraft; die Banken handeln aber jetzt schon danach.

Gleichzeitig gibt es Überlegungen, einen Regionalfonds aufzulegen, um Risikokapital für Unternehmen mit unzureichender Eigenkapitalausstattung bereitzustellen und die zunehmend restriktivere Kreditvergabe insbesondere für kapitalschwache Existenzgründer und Kleinbetriebe abzumildern. Angesichts von »Basel II« stehen die Chancen für die Einrichtung eines solchen Fonds in Zusammenarbeit mit den regionalen Banken besser als noch vor einigen Jahren. Im hessischen Ziel-2-Programm ist auch eine Kofinanzierung eines regionalen Kapitalfonds durch den EFRE möglich.

LEADER und mehr

Der Weg der LEADER GmbH zur Vogelsberg Consult ist bisher ein »Paradebeispiel«, das sich nicht ohne Weiteres auf andere Regionen übertragen lässt. Hier zeigt sich, was möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen und die kommunale Politik den Rücken stärkt.

Wie eingangs erwähnt, ist ein breites, über LEADER hinaus reichendes Aufgabenfeld des Regionalmanagements ein guter Garant für dessen Mitfinanzierung durch die Region. Insbesondere die Ausdehnung auf andere Förderprogramme ist ein wesentlicher Baustein. Gelingt dies, kann sich nach Einschätzung von Thomas Schaumberg das Regionalmanagement über den Umsatz und die Fördermittelakquisition bis zu 50 Prozent selbst finanzieren. Mit dem Auslaufen von Förderprogrammen in den Jahren 2005/2006 wird das Erreichen dieser Marge zusätzliche Anstrengungen erfordern.

Nähere Informationen:

Thomas Schaumberg
Geschäftsführer
Vogelsberg Consult
Vogelsbergstraße 40
36341 Lauterbach
Tel.: (0 66 41) 96 46 - 0
Fax: (0 66 41) 96 46 - 46
E-Mail: schaumberg@vogelsberg-consult.de
Web: www.vogelsberg-consult.de

Sektorübergreifende

Wie gut passen Förderprogramme?

VON PETER JAKUBOWSKI UND MICHAEL MELZER

An zukunftsweisenden Ideen für Projekte im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung mangelt es nicht. Erhebliche Probleme kann jedoch deren Finanzierung bereiten. Erfahrungen aus dem Projekt »Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Regionalentwicklung« können LEADER+ Regionen nutzen.

In den Regionen Deutschlands hat sich mittlerweile das Verständnis etabliert, nach dem Projekte im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung in interkommunaler Kooperation geplant und umgesetzt werden und darüber hinaus sektorübergreifend ausgestaltet sind. Gegenwärtig befassen sich viele Regionen und Projekt-Entwickler mit dem Antragsverfahren für LEADER+ Projekte. Praktische Erfahrungen, die in jüngster Zeit Modellregionen des Bundesprojektes »Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Regionalentwicklung« gemacht haben, können dabei hilfreich sein.

Mix aus Finanzpartnern

Vorweg ist festzuhalten: Finanzierung von Projekten einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist nicht gleichzusetzen mit öffentlicher Förderung. Finanzierung beinhaltet neben einer öffentlichen Förderung auch private Investitionen und Finanz-Arrangements in öffentlich-privaten Partnerschaften. Da es sich in der Praxis jedoch häufig um öffentliche Projekte handelt, wird der Blick auf staatliche Förderinstrumente gelenkt. Auch in den Modellregionen lag hier das Hauptaugenmerk.

Ausgangspunkt der Suche nach geeigneten Finanzierungsmodellen ist eine tatsächliche oder empfundene Knappheit verfügbarer Finanzmittel. Dieser »Finanzschwäche« liegen jedoch oft illusorische Vorstellungen seitens der Projekt-Initiatoren zugrunde, die sich erst nach Entwicklung einer Idee Gedanken über deren Finanzierung machen.

Die anspruchsvolle Forderung der Programme an Kommunen und Regionen, ihre Entwicklung und Projekte kooperativ und partizipatorisch zu gestalten und an Nachhaltigkeitszielen zu orientieren, fällt in eine kritische Phase öffentlicher Haushalte. Derzeit können Städte und Regionen ihre Pflichtaufgaben zum Teil kaum noch erfüllen. Selbst bescheidene Eigenmittel aufzubringen, fällt daher schwer. In der Folge werden Projekte weniger am Bedarf als an volumenstarken Förderprogrammen orientiert.

Aktionsprogramm »Modellvorhaben der Raumordnung«

Mit seinem Aktionsprogramm »Modellvorhaben der Raumordnung« unterstützt das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) die Erprobung und Umsetzung innovativer Ansätze und Instrumente in der praktischen Raumordnung.

Es fördert und begleitet Initiativen und Projekte als Modellvorhaben, die aus seiner Sicht eine besondere Umsetzungsrelevanz besitzen. Einen Schwerpunkt bildet die Stärkung einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Das Aktionsprogramm wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut. Nähere Informationen unter www.bbr.bund.de/raumordnung/moro/moro.htm im Internet.

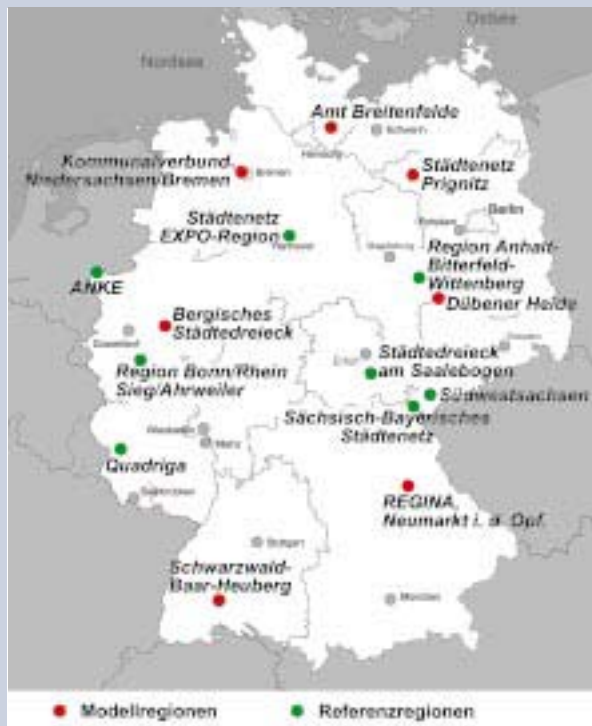
Projekt »Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Regionalentwicklung«

Ein solches Modellvorhaben ist das Projekt »Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Regionalentwicklung«. Es untersucht, welche Hemmnisse der Finanzierung sektorübergreifender Projekte entgegenstehen und welche Finanzierungsmodelle denkbar sind. Gute Beispiele aus Referenzregionen sollen auf Regionen in Problemlagen übertragen werden. Insgesamt beteiligen sich 15 Regionen an dem Bundesprojekt. Die Koordinierung erfolgt in enger Zusammenarbeit von BBR und BMVBW. Weitere Informationen im Internet unter www.bbr.bund.de/raumordnung/strukturpolitik_finanzen/finanzmodelle.htm.

Die Aussage »Gute Projekte werden immer finanziert« trifft die regionale Wirklichkeit nicht, da sie allenfalls für hoch rentable »klassische«, das heißt sektorale Projekte gilt. Offenkundig ist der Bedarf an Finanzierungsmodellen in öffentlich-privaten Partnerschaften aber auch an geeigneter öffentlicher Förderung.

Nachfolgend geht es nicht um zusätzliche Mittel. Vielmehr darum, inwieweit die gegebenen Strukturen und Programme geeignet sind, innovative und nachhaltige Projekte zu fördern und wie diese optimiert werden können.

Projekte



Zuschnitt nicht nach Bedarf

Folgenden Fragestellungen ging das Projekt nach:

- Möglichkeit zur ausreichend langfristigen Planung und Planungssicherheit mit Fördermitteln
- Gewichtung von Konzept-, Projekt- und Managementförderung
- Berücksichtigung kooperativer Strukturen
- Abgrenzung beziehungsweise Kombination von Fördermöglichkeiten
- Eignung von Förderinstrumenten für Public-private-partnership
- Durchführung von grenzüberschreitenden Maßnahmen
- Flexibilität von Förderung bei »neuen« Projektideen
- Transparenz und entsprechende Beratungsangebote

Alle Analysen des Modellvorhabens belegen die Wichtigkeit von Know-how im Management für die Chancen zur Akquisition von Fördermitteln. Diese – nicht neue – Erkenntnis war während des Modellvorhabens immer präsent. Finanziell »starke« Städte oder Regionen verfügen zunehmend über Europabeauftragte, die entsprechende Förderprogramme frühzeitig analysieren. »Schwächere« kommen zwangsläufig zu spät.

Gerade innovative, kooperative und nachhaltige Projekte benötigen einen erheblichen Vorlauf und auch in der Realisierung ausreichende Zeiträume. Es scheint, dass das Förder-Instrumentarium darauf nur sehr unzureichend vorbereitet ist. Vielen Programmen, die für solche Projekte

gedacht sind, fehlt es an Transparenz hinsichtlich der für die Antragstellung relevanten Informationen – und das bei kurzen Antragsfristen. Zudem ist ihre Laufzeit unzureichend. »Schwächere« Regionen stehen vor zusätzlichen, kaum überwindbaren Schwierigkeiten, wenn die Programmaufnahme an intensive Vorleistungen – wie bei LEADER+ oder »Regionen aktiv« – oder an Vorfinanzierungen gebunden ist.

Zunehmend werden Programme aufgelegt, die die Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten beinhalten und dabei integrierte Strategien mit sektorübergreifenden Projekten fordern. Die anschließende Zuständigkeit für die finanzielle Förderung beschränkt sich aber meist weiter auf die einzelnen Fachressorts. Das bedeutet: Die regionalen Akteure müssen jedes Projekt mit den zuständigen Fachressorts neu verhandeln. Bei LEADER+ stehen die Fördermittel zwar im Prinzip sektorübergreifend zur Verfügung. Die jeweiligen Förderbedingungen – Förderfähigkeit, Förderhöhe – müssen jedoch sektoralen Programmen entnommen werden. Die regionalen Akteure werden ausdrücklich darauf verwiesen und sind auch für deren Einhaltung verantwortlich.

Enge Verzahnung der Förderprogramme

Erhebliche Schwierigkeiten entstehen, wenn zu einer Projektförderung verschiedene Förderprogramme in Betracht kommen. Eine Abgrenzung dieser jeweiligen Programme ist für regionale Akteure kaum nachvollziehbar, besonders wenn die einzelnen Fördermittelgeber jeweils nur »ihr« Programm genau kennen.

So wurde nahezu zeitgleich mit LEADER+ der Wettbewerb »Regionen aktiv« vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ausgerufen. Die Grenzen zwischen diesen beiden Initiativen sind ebenso fließend, wie die zwischen LEADER+ und dem schleswig-holsteinischen Landesprogramm »Zukunft auf dem Lande« (ZAL).

Dieses Thema wird immer wichtiger, weil Bundes- und Landesprogramme teilweise über EU-Mittel gespeist werden und so den zeitlichen und inhaltlichen Vergabebedingungen der EU-Strukturfonds unterliegen. Dies engt die Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Förderprogramme stark ein. Zudem besteht in der Praxis noch Diskussionsbedarf, wie pragmatische Finanzierungsansätze mit den EU-Förderrichtlinien verzahnt werden können. Beispielsweise ob und wie unbare Eigenleistungen zur Kofinanzierung herangezogen werden können. Gravierend ist das Verbot der Doppelförderung mit EU-Mitteln, das nicht nur die Kombination von Programmen erheblich erschwert. Auch die Möglichkeiten der notwendigen nationalen Kofinanzierung werden stark eingeschränkt. So konnte beispielsweise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen das Land keine Mittel für die nationale Kofinanzierung von

LEADER+ bereitstellen, da Landesmittel in Programmen gebunden sind, die ihrerseits EU-Mittel enthalten.

Für Public-private-partnerships sind die Förderprogramme nur bedingt geeignet: Bedeutsame Programme stehen meist nur öffentlichen Antragstellern beziehungsweise öffentlichen Projekten offen. Private Mittel – einschließlich Sponsoring – müssen in diesen Fällen von den förderfähigen Kosten in Abzug gebracht werden. Dies schließt Public-private-partnerships für Projekte einer nachhaltigen Regionalentwicklung oft geradezu aus. Auch LEADER+, das Public-private-partnerships in der Region fordert, lässt in einigen Bundesländern die Anrechnung privater Mittel für die Kofinanzierung nicht zu und erschwert private Maßnahmen, indem es für diese eine öffentliche Kofinanzierung fordert.

Überschreiten Entwicklungsansätze Ländergrenzen, haben sie sich mit teilweise unterschiedlichen Förderkulissen in den einzelnen Bundesländern auseinander zu setzen. Die Akteure vor Ort bemängeln oftmals fehlende oder nur unzureichend formulierte Kriterien, die Projekte für eine Förderung erfüllen müssen.

Praxis fordert Verbesserungen

Die Zwischenergebnisse zeigen, dass die aktuelle Förderpraxis der Europäischen Union, des Bundes und der Länder zum Teil erhebliche Strukturschwächen aufweist. Oft sind weder die Programmausgestaltung noch die Verzahnung von Programmen mit den zuständigen Trägern auf die Förderung integrativer Vorhaben ausgerichtet. Dies steht der gewünschten Umsetzung sektorübergreifender Projekte entgegen. Die Eckpunkte der vorläufigen Empfehlungen sind nachfolgend zusammengefasst.

Programmkombination

- Förderanträge sollten zeitgleich an unterschiedliche Programme gerichtet werden können, und es sollte den Programmverantwortlichen obliegen, die Bearbeitung abzustimmen beziehungsweise an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.
- Bei Programmen zur Förderung integrierter Konzepte ist eine interministerielle Arbeitsgruppe für die Projektanträge zu erwägen.
- Programmverantwortliche sind in Zweifelsfällen zu gemeinsamen Beratungsgesprächen anzuhaltend.
- Die Förderung integrierter Konzepte sollte mit sektorübergreifend offenen Fördermitteln kombiniert werden.

Ein Beispiel: Aus den Förderfonds Hamburg/Niedersachsen und Hamburg/Schleswig-Holstein werden zur Umsetzung der gemeinsamen räumlichen Entwicklungsvorstellungen und zur Lösung von regional bedeutsamen Problemen in Gemeinden, Landkreisen, Ämtern und Zweckverbänden des Umlandes Projekte

mitfinanziert. Bei den Zuschüssen oder Darlehen handelt es sich um Spitzenfinanzierungen, die Investitionen in der Region erleichtern sollen. Die Fördermittel werden je zur Hälfte von den beteiligten Ländern zur Verfügung gestellt.

- Es ist zu überlegen, wie EU-Programme flexibel ergänzt werden können.

Förderinhalte

- Die zum Teil schon geübte Förderpraxis in der Vorbereitungsphase – wie beispielsweise beim Wettbewerb »Regionen aktiv« – sollte ausgeweitet werden.
- Hilfen zur Überbrückung von Vor- oder Zwischenfinanzierungen sollten angeboten werden.
- In regionaler Kooperation abgestimmte Projekte sollten bei relevanten Förderprogrammen bevorzugt werden.
- Förderinstrumente sollten Finanzierungen in Public-private-partnership ermöglichen.



Die Aktivitäten der Regionen in Deutschland belegen: Es wurden und werden erstklassige innovative Projekte realisiert. Ziel der Raumordnungspolitik ist es nun, dass vermehrt auch sektorübergreifende Vorhaben finanziert und umgesetzt werden. Es muss darum gehen, im gegebenen Rahmen der Regionalförderung Modelle und erfolgreiche Beispiele zu erarbeiten. Sicher ist, dass sich die Erkenntnisse des Modellvorhabens nicht allein in Forderungen an die öffentlichen Hände erschöpfen können. Auch in den Regionen selbst sind Anstrengungen gefordert. Zudem sind die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Regionalentwicklung kontinuierlich zu verbessern.

Nähere Informationen:

Dr. Peter Jakobowski

Projektleiter

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn

Referat I4 »Wirtschaft und Gesellschaft«

Deichmannsauer 31–37

53179 Bonn

Tel.: (0 18 88) 4 01 - 22 43

Fax: (0 18 88) 4 01 - 23 46

E-Mail: peter.jakubowski@bbr.bund.de

Web: www.bbr.bund.de

Dr. Michael Melzer

Projektleiter für städtebauliche und regionalpolitische Projekte

Institut Raum & Energie

Büro Wedel/Hamburg

Erlenweg 3

22880 Hamburg

Tel.: (0 41 03) 1 60 41

Fax: (0 41 03) 29 81

E-Mail: institut@raum-energie.de

Web: www.raum-energie.de

Regionalfonds: Mobilisierung regionalen Kapitals

VON JOSEF BÜHLER

Zur Erschließung regionalen Kapitals wird in jüngster Zeit wieder verstärkt über Regionalfonds nachgedacht. Verschiedene Modelle sind denkbar.

Regionalfonds können die Gründung von Unternehmen oder die Startphase von Projekten im Sinne der Regionalentwicklung wesentlich erleichtern. Auch einige LEADER+ Regionen wollen dieses Instrument einsetzen. Noch gibt es wenig Erfahrung aus der Praxis, die bei der Einrichtung eines Regionalfonds hilfreich sein könnten. Drei mögliche Modelle werden im Folgenden kurz vorgestellt:

Regionale Entwicklungsfonds im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung

Sie bieten Hilfeleistungen für Gründer, ansiedlungswillige Unternehmen sowie bestehende Betriebe in den Bereichen Investitionsmaßnahmen, Existenzgründung, Forschung, Umweltschutz und Energieersparnis oder zur Reaktivierung von Baudenkmalern. Die Mittel kommen vom Landkreis und/oder werden aus anderen öffentlichen Fördertöpfen gebündelt. Im Landkreis-Biedenkopf wurde dieses Modell in den 90er-Jahren praktiziert.

Regionalfonds, die Kapitalanlage und Kreditvergabe kombinieren und die in Trägerschaft einer Bank umgesetzt werden

Im Jahr 1993 schlug das Institut für Raumplanung in Dortmund in ihrem Entwicklungskonzept für die Region Pirna in Sachsen folgendes Modell vor, das aber nicht die regionale Akzeptanz fand.

Jeder Bürger und jedes Unternehmen sollte die Möglichkeit haben, Anteile an dem Regionalfonds zu erwerben und deren Verzinsung selbst zu bestimmen – bis maximal vier Prozent jährlich. Eingerichtet werden sollte der Fonds bei den Kreissparkassen. Geplant war, dass die Kreise das Kreditrisiko tragen und in ihrer jährlichen Haushaltsplanung eine Ausfallbürgschaft von etwa fünf Prozent der gewährten Kreditsumme ausweisen können. Weiterhin sollte die Möglichkeit bestehen, die Zinserträge in neue Anteile umzuwandeln.

Die maximale Kredithöhe sollte 40.000 Euro pro Projekt beziehungsweise 10.000 Euro pro Arbeitsplatz betragen und der Kredit eine generelle Laufzeit von zehn Jahren haben. Vorgesehen war, die Kredite zu je einem Drittel mit fünf Prozent Zinsen, mit zweieinhalb Prozent Zinsbelastung sowie zinslos zu gewähren.

Das Modell knüpfte die Kreditvergabe an bestimmte Kriterien. Die Betriebe und Projekte sollten

- ihren Hauptsitz in den Landkreisen Pirna oder Sebnitz haben,
- maximal 50 Mitarbeiter beschäftigen,
- qualifizierte Arbeitskräfte aus der Region beschäftigen,
- Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen,
- Produkte aus der Region weiterverarbeiten,
- eigene Produkte in der Region absetzen,

- zur Entwicklung endogener Potentiale beitragen,
- mit anderen Betrieben der Region kooperieren,
- innovativen Charakter haben,
- eine hohe Umweltverträglichkeit anstreben und
- auf Selbsthilfe und Eigeninitiative beruhen.



Aufbau eines Regionalfonds über ein Fundraisingkonzept im Rahmen einer selbständigen, rechtsfähigen Gemeinschaftsstiftung oder im Rahmen einer treuhänderischen Verwaltung

Diese gemeinnützige Organisation entwickelt in enger Kooperation mit Spendern und Stiftern aus Wirtschaft und privaten Haushalten eine Fundraisingstrategie mit Instrumenten wie Sponsoring, Spendenkampagnen, Herausgabe von Regional- und Sammleraktien. Auch die Verwertung von Nutzungsrechten an Logos kann in ein solches Konzept eingebaut werden.

Abschließend sei auf die Möglichkeit hingewiesen, dass Regionalfonds in Form von Wagniskapital- und/oder Kreditfonds auch durch die Europäischen Strukturfonds gefördert werden können. In Deutschland ist die Einrichtung solcher von der EU geförderten Fonds zurzeit jedoch nur im Rahmen des hessischen Ziel-2-Programms vorgesehen.

Nähere Informationen:

Josef Bühler
neuLand GbRmbH
Werkstatt für Tourismus- und Regionalentwicklung
Esbach 6
88326 Aulendorf
Tel.: (0 75 25) 9 10 44
Fax: (0 75 25) 9 10 45
E-Mail: neuland.buehler@t-online.de
Web: www.neuland-regionalentwicklung.de
und www.euregia.de